

Guten Morgen, liebe Leser!

Ich möchte Werbung machen für eine neue Laufsportart. Ich habe Sie nicht allein erfunden, sondern zusammen mit dem Leihhund, der, wie ich mehrfach anmerkte, im Alter immer langsamer wird. Bei unseren Spaziergängen treffen wir auf Jogger, Marathonläufer und Freizeitsportler. Einige tragen dabei Stöcke. Denken Sie sich die Stöcke weg, stattdessen haben Sie einen alten Hund an Ihrer Seite und bewegen sich im Schnecken tempo: Das ist Slow Walking, eine südlichere Version von Nordic Walking, nur viel, viel langsamer. „Joggen“ kommt aus dem Englischen, die Wortherkunft ist unklar, vielleicht hängt es mit „schütteln“ zusammen. Joggen meint „lockeres Laufen“. Wir schlurften eher. Man könnte daher auch von Schlurfing reden. Der Vorteil: Man kriegt viel mehr von seiner Umwelt mit. Der Leihhund bleibt ja ständig stehen, man kommt nicht wirklich voran, alle überholen einen. Nähern sich Personen wie neulich ein Ehepaar, dann verharret er, starrt sie an, verfolgt genau ihre Schritte. Das Ehepaar ist irritiert, aber belustigt. Ich habe keine Ahnung, warum er die Leute so anstarrt. Der Leihhund geht mittlerweile etwas eckig. Wäre er ein Zweibeiner, ginge er am Stock. Das wäre aber nicht irgendein Stock, sondern einer aus edlem Mahagoni, mit goldenem Knauf. Und mit einem dieser Wanderstockschildchen, die mit kleinen Nägeln befestigt werden. Auf den Schildchen sind Berglandschaften zu sehen, darunter stehen Sprüche wie „Fressnapf – Das war ich!“ Ein Rollator würde nicht funktionieren. Den müsste ich tieferlegen, damit der Leihhund weiterhin am Wegesrand schnüffeln kann. Und so bleiben wir bei unserer Disziplin, die unserem Tempo angemessen ist: Slow Walking. jw

3 Dinge, die ich heute wissen muss:

1 Debatten

Ortenberger Parlament diskutiert über Bürgerplakette und Bushaltestellen. Seite 17

2 Solawi

Der „Bunte Acker“ in Wallernhausen sucht dringend neue Mitglieder. Seite 18

3 Wasser

Dauerausstellung in der Schotener Festhalle während der Landesgartenschau. Seite 21

IHR DRAHT ZU UNS

Redaktion

Kreis-Anzeiger 0641 30037-
Björn Leo (leo), LtG. -70
Christian Berg (bg) -66
Regina Dilleuth -67
Rüdiger Geis (rüg) -27
Christine Ostheim -71
Naomi Ott (nmo) -78
Oliver Potengowski (ten) -94
Paulina Schick (pgs) -93
Anja Stevens (ajs) -73

Lokal-Sport

Torben Frieberg (tfr) -68
Andreas Wagner (aw) -74

redaktion@kreis-anzeiger.de
sport@kreis-anzeiger.de

Nidda steht zu Thermenprojekt

Damit das Thermenprojekt von Interspa in Bad Salzhausen genehmigt werden kann, ist eine weitere Änderung des Bebauungsplans notwendig. In einer Pressemitteilung berichtet die Stadt, dass sie die Voraussetzung dafür geschaffen hat. Nach Auskunft des Wetteraukreises hat der Investor bisher jedoch noch keinen neuen Bauantrag gestellt.

VON OLIVER POTENGOWSKI

Nidda – In der überregionalen Presse hat Interspa Anfang des Jahres den Wetteraukreis für die Verzögerung des Baubeginns für die neue Therme in Bad Salzhausen verantwortlich gemacht. Die Baugenehmigung des Kreises lasse noch auf sich warten, klagte Rupert Atzberger, ein Gesellschafter des Investors. Dabei hatte Interspa seinen Bauantrag bereits im Dezember zurückgezogen. Einen neuen Antrag hat das Unternehmen bisher nicht gestellt.

Dagegen werden in Nidda inzwischen die Voraussetzungen geschaffen, dass ein Bauantrag nach den Vorstellungen von Interspa genehmigt werden kann. Der Investor möchte das Grundstück deutlich dichter bebauen, als es durch die alte Therme genutzt wurde. Die dafür maßgebliche Grundflächenzahl (GRZ) hatten die Stadtverordneten bereits bei einer ersten Änderung des Bebauungsplans (B-Plan) im April 2025 auf 0,6 erhöht.

In ihrer Pressemitteilung erklärt die Stadt jetzt, dass gemeinsam mit der Bauaufsicht Ost des Kreises, dem Investor und dem Planungsbüro der Entwurf für einen neuen B-Plan erarbeitet worden sei. Dieser lege für das Thermengrundstück zwei sogenannte Baufenster fest. „Damit die Erweiterung umgesetzt werden kann, ist in einem der Baufenster eine GRZ



Als Bauruine zeigt sich die Therme in Bad Salzhausen nach dem Teilabriss. Bisher hat der Investor keinen neuen Bauantrag gestellt. OLIVER POTENGOWSKI

von 1,0 notwendig und wurde im Rahmen des Abstimmungsprozesses dementsprechend von 0,6 auf 1,0 erhöht“, erläutert Pressesprecher Uwe Bonarius. Für das andere größere Baufenster reiche die in der ersten B-Plan-Änderung beschlossene GRZ von 0,6 aus.

Beschleunigtes Verfahren

Am 9. Dezember 2025 hatten die Stadtverordneten die Offenlegung der aktuellen Änderung des B-Plan-Entwurfs beschlossen – just an dem Tag, an dem der Investor seinen Bauantrag zurückzog. Bonarius betont, dass dafür ein beschleunigtes

Verfahren genutzt wurde. Das sei möglich, „weil der Bebauungsplan die städtebauliche Neuordnung und Nachverdichtung in einem baulich und grundsätzlich verkehrlich bereits erschlossenen Innenbereich beabsichtigt“.

Auch eine Umweltverträglichkeitsprüfung sei nicht nötig, weil „keine erheblichen negativen Auswirkungen auf Mensch und Umwelt zu erwarten sind“. Dies habe eine Vorprüfung des Planungsbüros ergeben. Trotzdem müssten Umweltbelange im B-Plan berücksichtigt werden.

Wie weit der Denkmalschutz für die Lesehalle durch die Änderung des B-Plans und den

Thermenneubau beeinträchtigt wird, lässt sich derzeit noch nicht sagen. „Auf Ebene der Bauleitplanung erteilt die Untere Denkmalschutzbehörde in der Regel zunächst nur allgemeine Anmerkungen und Hinweise“, erläutert der Wetteraukreis auf Nachfrage.

Bauvoranfrage konkretisiert

„Erst mit Vorliegen des Bauantrags kann konkret zu den denkmalschutzrechtlichen Belangen Stellung bezogen werden.“ Ein solcher Bauantrag sei jedoch bisher – nachdem der frühere Antrag am 9. Dezember zurückgezogen worden war –

durch den Investor noch nicht gestellt worden. Derzeit liege weiterhin nur eine Bauvoranfrage vor, teilt der Wetteraukreis mit. Diese sei inzwischen immerhin so weit konkretisiert worden, dass sie durch den Fachdienst Bauordnung bearbeitet werden könne.

Bürgermeister Thorsten Eberhard (CDU) betont, dass die Stadt Nidda weiterhin zu dem Projekt stehe. „Unser Ziel ist es, keine weitere Zeit verstreichen zu lassen. Auch wenn die Kräne erst nach 2027 stehen werden, legen wir jetzt das Fundament für einen touristischen Höhepunkt, der Bad Salzhausen, die Stadt und die ganze Region langfristig stärken wird.“

Grundwasser: Lage bleibt kritisch

Trotz voller Bäche dringt laut Schutzgemeinschaft Vogelsberg kaum Feuchtigkeit in tiefere Schichten

Region – Im Vogelsberg zeigt sich laut Schutzgemeinschaft Vogelsberg (SGV) immer deutlicher, wie stark die Region unter den Folgen mehrerer trockener Jahre leidet. Trotz voller Bäche und Flüsse dringe vielerorts kaum Wasser in tiefere Bodenschichten vor – mit Folgen für Grundwasserneubildung und Trinkwasserreserven.

Nach den jüngsten Niederschlägen und der Schneeschmelze wirken viele Gräben, Bäche und Flüsse gut gefüllt. Daher könnte man meinen, dass es dadurch mit der Grundwasserbildung, den Grundwasserständen und der Trinkwasserversorgung keine Probleme gibt. „Doch weit gefehlt“, warnt die SGV in einer Pressemitteilung. Für Grundwasserneubildung und stabile Grundwasserstände reiche die aktuelle Situation keineswegs aus.

Der Tiefbauer Wolfgang Schleich aus Gedern, Mitglied der SGV, habe Mitte Februar beim Anlegen von Biotopen am Hillersbach zwischen Burkhardts und Glashütten festgestellt, dass das Erdreich selbst in

Bachnähe völlig ausgetrocknet ist. Rund 200 Meter vom Gewässer entfernt seien bei Baggararbeiten weder durchfeuchteter Boden noch aufsteigendes Wasser zu erkennen gewesen.



„Wir brauchen ein Vielfaches an dezentralen Rückhalteanlagen.“

Wolfgang Schleich

„Noch vor zehn Jahren wäre die Grube zur Hälfte vollgelaufen“, sagt Schleich, der seit Jahren Biotope zur Wasserrückhaltung und -versickerung anlegt.

Nach Angaben der SGV sind die vergangenen Trockenjahre

für die Lehmböden fatal. Auch der fehlende Frost im Winter verschärfe das Problem, da sich die Böden weniger öffnen und kaum Wasser in grundwasserführende Schichten gelangt. Vieles des Schmelz- und Regenwassers aus den Hochlagen des Vogelsbergs laufe auch aktuell zu schnell in Bäche und Flüsse ab. „Wir brauchen ein Vielfaches an dezentralen Regenrückhalteanlagen, um die Grundwasserstände zu stabilisieren“, betont Schleich.

Forderungen ans Land Hessen

Die SGV erneuert daher ihre langjährigen Forderungen: Wasser müsse sparsamer genutzt werden, insbesondere im Rhein-Main-Gebiet, das jährlich rund 40 Millionen Kubikmeter Wasser aus dem Vogelsberg bezieht. Angesichts des Klimawandels könne künftig nur noch weniger Wasser aus den Gewinnungsgebieten in die Metropole geliefert werden. Deshalb müssten Städte und Gemeinden im Ballungsraum

stärker auf eigene Trinkwasserversorgung setzen und Brauchwasserleitungen in Neubaugebieten verpflichtend einführen.

Auch die Landesregierung stehe in der Verantwortung. Die SGV fordert die Wiedereinführung des in den 1990er-Jahren abgeschafften Wasserentnahmementgels. Eine solche Abgabe könne dabei helfen, externe Kosten der Wassernutzung zu internalisieren und Anreize für einen bewussteren Umgang mit Trinkwasser zu schaffen. „Das Land Hessen lehnt die Einführung des Wasserents in dieser Wahlperiode ab“, kritisiert die SGV. Auch Frankfurt wehre

sich weiterhin gegen die Abgabe – obwohl 13 von 16 Bundesländern diese bereits erheben und Bayern im Juli folgen wolle. Wiesbaden habe zum 1. Januar 2024 eine Wasserverbrauchssteuer eingeführt.

Zudem fordert die SGV von der Landesregierung, die Förderung kommunaler und teils räumlicher Wasserkonzepte über 2026 hinaus fortzuführen. Solche Programme ermöglichen Städten, Gemeinden und Zweckverbänden, Strategien für eine nachhaltige, klimangepasste Wasserversorgung und Potenzialanalysen zur Nutzung von Betriebswasser zu entwickeln. red/ELFRIEDE MARESCH

Klageberechtigter Umweltverband

Die Schutzgemeinschaft Vogelsberg wurde 1989 gegründet und setzt sich für den Grundwasserschutz im Einzugsgebiet des Vogelsbergs und gegen den Wasserraubbau in Richtung Rhein-Main ein. Ihr gehören aktuell drei Landkreise, 26 Kommunen, 78 Vereine und Verbände sowie 190 Einzelpersonen an. Damit ist der Verein eigenen Angaben zufolge einer der größten klageberechtigten Umweltverbände in Hessen. Weitere Informationen gibt es unter www.sgv-ev.de. red